

Die philippinische Revolution – ein Jahr später

Es ist, vorsichtig gesagt, ein höchst gewagtes Unterfangen, ein so komplexes und noch nicht abgeschlossenes Ereignis wie die philippinische Revolution mit ihren Folgen zu beurteilen¹. Nur wenige Dinge lassen sich mit unanfechtbarer Sicherheit sagen. Völlig unbestreitbar ist gegenwärtig eigentlich nur die Feststellung, daß das Land politisch und wirtschaftlich instabil ist, daß es vor einer höchst ungewissen Zukunft steht und daß die Regierung von einer Krise in die andere taumelt, obwohl man auch sagen muß, daß sich die nationale Stimmung sehr spürbar verbessert hat, seitdem Minister Ponce Enrile Ende November aus dem Kabinett entlassen wurde.

Revolutionen sind nie reibungslose Ereignisse, und die philippinische Version, so einzigartig sie in vieler Hinsicht war, ist keine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel, vermutlich genau wegen jener Faktoren, die sie einzigartig machten. Die verworrene Lage, die Unsicherheit und die Unstabilität, all das ist, wie ich meine, weithin den ungewöhnlichen Merkmalen dieser Revolution zuzuschreiben. Paradoxerweise sind es aber vielleicht die gleichen Merkmale, die sie zu jenem glücklichen Abschluß führen werden, den wir in den Philippinen leidenschaftlich von unserer Revolution im Februar erhoffen.

Ich möchte daher einen Blick auf die Geschehnisse in den Philippinen im vergangenen Jahr werfen, weniger um die verschiedenen Krisenpunkte zu analysieren, als vielmehr um zu versuchen, die Fäden jener außergewöhnlichen Merkmale zu verfolgen, und zu schauen, wie sie sich allmählich zu den gegenwärtigen Ereignissen verknüpfen und ihnen dabei in oft unbemerkter und doch bedeutungsvoller Weise Form und Farbe verleihen.

Es gibt wenigstens vier Gesichtspunkte, die der Revolution einen ziemlich einmaligen Charakter verliehen haben und die darum im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen stehen sollen: die Gewaltfreiheit der Revolution, die unideologische Natur der Macht des Volkes, der unpolitische Charakter der Präsidentin und die unterstützende Rolle der Kirche.

Gewaltlosigkeit

Nichts hat die weltweite Aufmerksamkeit für die Philippinen während der viertägigen Revolution im Februar letzten Jahres so magnetisch auf sich gezogen wie ihr gewaltfreier Verlauf von Anfang bis Ende. Ein guter Teil dieser Anzie-

hungskraft war wohl dem allgemeinen (wenn auch nicht ausgesprochenen) Vorurteil zuzuschreiben, daß ein Aufstand wie im Februar in Manila nicht ohne große Verluste an Menschenleben enden könne. Gewaltanwendung, Blutvergießen und gnadenloser Kampf unter den Bürgern galten als ausgemachte Sache. Daß all dies nicht eintrat, eben dies ist, unabhängig davon, ob man das bewußte Bemühen um Gewaltfreiheit im Vorfeld und während der Revolution mitberücksichtigt, einer der außergewöhnlichen Aspekte dieser Revolution.

Wie und warum die Revolution im großen und ganzen innerhalb der engen Grenzen gewaltfreien Handelns blieb, obwohl viele Faktoren gegen einen Erfolg dieses Bemühens sprachen, diese Frage wird die analytischen Fähigkeiten sozialer Kommentatoren noch für viele Jahre in Anspruch nehmen. Es soll hier kein Versuch unternommen werden, diese Frage zu beantworten, abgesehen von der Bemerkung, daß es tiefe religiöse und kulturelle Grundlagen für die Gewaltfreiheit gab, welche die damalige Revolution kennzeichnete. Man könnte freilich hinzufügen, daß es auch religiöse und kulturelle Gründe gibt, welche die Befürworter des bewaffneten Kampfes (sogar bis heute) für ihre genau entgegengesetzte Position vorbringen können.

Viel wichtiger ist in diesem Zusammenhang jedoch die Frage, wie sich der gewaltlose Aufbruch vom Februar auf die sehr viel schwierigere nachrevolutionäre Phase des nationalen Lebens ausgewirkt hat. Zu nennen sind hier vor allem die Reaktion der Regierung auf Umsturzversuche sowie ihre Initiativen, die verschiedenen aufständischen Bewegungen in die Rechtsstaatlichkeit zurückzuführen, also ihr Bemühen um nationale Versöhnung und Friedensstiftung.

Bemerkenswert bei diesen Versuchen sind die folgenden Tatsachen: 1. Die sogenannten Marcos-„Loyalisten“ hatten die Freiheit, gegen die Regierung zu demonstrieren und sogar ziemlich ungestraft gegen sie zu rebellieren. 2. Ebenso wurden in Umsturzversuche verwickelte Militärs für Handlungen, die normalerweise als Landesverrat verurteilt werden sollten, nicht bestraft. 3. Bis heute wurde auch wenig, so überhaupt etwas unternommen, jene Menschenrechtsverletzungen und Machtmißbräuche gerichtlich zu verfolgen, welche das Militär unter der Herrschaft von Marcos beging. 4. Versuche, die Gewehre von Rebellengruppen wie der CPLA (Volksbefreiungsarmee der Kordilleren), der MNLF (Nationale Befreiungsfront der Moros) und der NPA (Neue Volksarmee) zum Schweigen zu bringen, haben zu ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen geführt, welche die aufständischen Bewegungen, die sie vertreten, auf eine Stufe mit dem Staat selbst zu stellen scheinen.

Aus all dem mag man, wie es in der Tat geschah, die Schlußfolgerung ziehen, oberstes Prinzip der Regierung bei ihrem Bemühen um Versöhnung und Frieden sei der Grundsatz *Frieden um jeden Preis*, also höchstmögliche Toleranz gegenüber Ablehnung und sogar Rebellion innerhalb ziemlich weiter (und fragwürdiger) Grenzen. Diese Interpretation betrachtet die Regierung als schwach, noch nicht in

voller Kontrolle über ihre Zwangsmacht (das Militär) und insoweit ihr ausgeliefert. Eine solche Sicht mag mit den ersten drei genannten Tatsachen übereinstimmen. Dies gilt jedoch nicht für die vierte, aus der jemand ebensogut den Schluß ziehen könnte, die Regierung sei auch den aufständischen Kräften ausgeliefert.

Eine positivere Interpretation ermöglicht das ausdrückliche Bekenntnis Cory Aquinos zur Gewaltlosigkeit. Aus dieser Perspektive kann das Bemühen ihrer Regierung um Frieden als Fortsetzung der Revolution vom Februar betrachtet werden. Jeder und alle – die einst verhaßten Militärs, die Anhänger von Marcos und die Rebellen in den Bergen eingeschlossen – können sich der fortdauernden Revolution anschließen, wenn sie nur willens sind, dies innerhalb der Grenzen des Rechts zu tun. Diese Vorgehensweise setzt auf Überzeugungskraft und Dialog, nicht auf Gewalt und Drohungen. Wenn dies als Zeichen der Schwäche, billiges Nachgeben, politische Naivität und ähnliches mehr betrachtet wird, so werden solche Urteile oft aus der unbewußten Perspektive der gewaltsameren und blutigeren Vorgehensweise der Regierung Marcos gegenüber den gleichen Problemen gefällt, einer Vorgehensweise, die sich sowohl für die damalige Regierung als auch für die Nation als verheerend erwiesen hat. Wie sich die entgegengesetzte Haltung der neuen Regierung auswirken wird, ob sie tatsächlich Frieden schaffen wird oder nicht, bleibt abzuwarten. Doch unabhängig davon, ob sie zu Ergebnissen führt oder nicht, ob sie Erfolg hat oder fehlschlägt, sie wird zumindest zeigen, daß die Regierung Aquino um des Friedens willen viel zu riskieren bereit war. Der durchschnittliche Filipino mit seinem angeborenen Hang zur Harmonie versteht dies und weiß es zu schätzen wie niemand anders.

Die Macht des Volkes

Bemerkenswert an der Februarrevolution – ziemlich einmalig sogar auf dem Hintergrund der Erfahrung klassischer Revolutionen in der Weltgeschichte – war die Tatsache, daß sie von keiner politischen Partei beziehungsweise ideologischen Gruppe geplant, geschürt oder angeführt wurde. Es handelte sich um einen ziemlich spontanen Aufstand des Volkes gegen eine festverwurzelte und gewaltsame Regierung, nicht um eine Machtergreifung durch eine etablierte revolutionäre Gruppe. Diesem Sachverhalt wurde von politischen Kommentatoren angesichts seiner Tragweite und Möglichkeiten im Hinblick auf spätere Ereignisse und künftige Entwicklungen nicht viel Beachtung geschenkt.

Die Folgen dieser Tatsache haben, wie ich meine, einige ziemlich entscheidende Implikationen. So lassen sich ein Großteil der Instabilität der nachrevolutionären Periode, das Fehlen klarer Ziele und die Mißgriffe in der Verwaltung, neben anderen schwachen Punkten in der Regierung, auf diese eine Tatsache zurückführen, daß nämlich die Regierung bei der Machtübernahme nach der Revolution über

kein klares Regierungsprogramm verfügte, kein ausgearbeitetes wirtschaftspolitisches Konzept besaß und keine bestimmten Personen mit entsprechender Erfahrung für die Besetzung von Schlüsselpositionen zur Verfügung hatte. Sie mußte buchstäblich ganz von vorne anfangen, aus Versuchen und Fehlern lernen und im Lauf der Zeit ein Programm entwickeln. Die einzigen Richtlinien, an die sie sich halten konnte, sofern man überhaupt von solchen sprechen kann, waren die Fehler des alten Regimes und die Entschlossenheit, diese nicht zu wiederholen.

Hätten sich die Dinge anders entwickelt, wenn die neue Regierung ein klares ideologisches Programm gehabt hätte und, was noch wichtiger ist, über eine lebensfähige politische Partei verfügt hätte, um aus ihr politische Entscheidungsträger und leitende Beamte heranzuziehen? Vielleicht. Viel wahrscheinlicher ist aber die Möglichkeit, daß all dies vor allem, wenn nicht sogar ausschließlich darauf hinausgelaufen wäre, die Machtbasis der Partei zu festigen, mit dem unvermeidlichen Ergebnis, daß ideologische Rücksichten im politischen Entscheidungsprozeß ausschlaggebend geworden wären. Die politische Führung wäre sicher einig gewesen, aber angesichts ihres vorrangigen Interesses, die eigene Macht auszubauen und zu sichern, sind, besonders im Hinblick auf die Besonderheiten der philippinischen Parteipolitik, ernste Zweifel angebracht, daß ihre Einigkeit nicht allein der eigenen Macht gedient und sich damit gegen das Volk und dessen Wohl gerichtet hätte.

Eines ist unbestreitbar. Da es die Macht des Volkes und nicht irgendeiner Partei war, welche die Februarrevolution möglich machte und zum Erfolg führte, war die daraus hervorgegangene Regierung keiner einzelnen Person oder Partei verpflichtet, sondern allein dem Volk in seiner Gesamtheit. Ihr einziges Interesse mußte es daher sein, das allgemeine Wohl des Volkes, nicht die Macht einer Partei zu fördern. Und wenn es irgendein wirksames Abschreckungsmittel für die drei oder vier ernsthaften Putschversuche gegen die Regierung Aquino im vergangenen Jahr gab, dann war es die Gewißheit, daß die Bevölkerung immer noch begeistert hinter ihr stand. Die Macht des Volkes war keine Randerscheinung oder vorübergehende Phase in der Geschichte der Nation. Wie schwach sie auch sein mag, wie verschwommen und unorganisiert sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheinen mag, die Macht des Volkes wird bestehen bleiben, und ihre Entwicklung zu einer zuverlässigen demokratischen Institution und Verfahrensweise ist eine der interessantesten Möglichkeiten im heutigen Leben der Nation.

Die Präsidentin

Ein weiterer Gesichtspunkt der Revolution, der in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden kann, ist die Tatsache, daß Cory Aquino und niemand anders die Präsidentenmacht übernahm. Sie ist eine Präsidentin, die keine Regierungser-

fahrung mitbrachte, keine eigene politische Partei im engeren Sinn zu ihrer Unterstützung besaß und nicht das Ziel und den Ehrgeiz hatte, ihre Macht zu verewigen. Kurz gesagt, sie ist überhaupt keine Politikerin (zumindest im traditionellen Sinn). Diese Tatsachen wurden oft als ihre schlechtesten Karten betrachtet und zusammengenommen stellen sie ein todsicheres Rezept des Scheiterns dar, so es ein solches jemals gab. Aber entgegen allen gewichtigen Lehrmeinungen haben sich diese „schlechten Karten“ ganz im Gegenteil als ihre größten Trümpfe erwiesen. Sie wurden zur Grundlage eines wirklichen Erfolgsrezepts.

Der Grund ist mehr als einfach. Nach Marcos, dem Inbegriff eines Politikers, der es verstand, alle anderen Politiker meisterlich und rücksichtslos auszuschalten, brauchte die Nation nicht noch einmal eine Führung dieser Art, sondern genau das Gegenteil: jemanden an der Spitze, der zur Abwechslung seinen persönlichen Vorteil dem Allgemeinwohl unterzuordnen bereit war; der sein Amt dazu benützen würde, die Nation und nicht nur seine Familie zu fördern; der in seiner Arbeit das wirkliche Wohlergehen des Volkes über alle egoistischen Interessen stellen würde. Kurz gesagt, die Nation brauchte eine Person von Integrität. Cory Aquino entsprach vollkommen dieser Erwartung. Damit soll sie keineswegs kanonisiert oder auf einen Podest erhoben werden. (Ein hoher Kirchenvertreter wurde unlängst damit aufgezo-gen, er habe angeblich die Tugenden von Frau Aquino unaufhörlich und über die Maßen gerühmt, ganz im Gegensatz zu seiner heftigen und ebenso konstanten Kritik der Sünden von Marcos in der Vergangenheit!) Als Tatsache bleibt aber bestehen, daß persönliche Integrität von Personen in öffentlichen Ämtern, gerade wegen der beispiellosen Korruption der bisherigen Regierung, in den Philippinen heute zu einem wichtigen Thema geworden ist, obwohl es auch stimmt, daß Politik im allgemeinen Bewußtsein seit langem mit Korruption in Zusammenhang gebracht wird.

Cory Aquino mag vielleicht nicht imstande sein, glaubwürdig als Präsidentin aufzutreten, wenn man wirksames und unverzügliches Vorgehen gegen die vielen nationalen Mißstände zum Maßstab nimmt; aber sie kann sich wohl noch lange des Vertrauens und der Unterstützung der Bevölkerung erfreuen, hauptsächlich weil sie als eine Präsidentin großer Integrität gilt.

Es ist allmählich deutlich spürbar, daß ihre Integrität – eine moralische Kraft – handfeste Auswirkungen auf die Realpolitik hat. Ein Beispiel hierfür ist der Waffenstillstand zwischen den militärischen Kräften und der kommunistischen NPA. So problematisch er ist, er stellt ein Ergebnis dar, das ohne diese moralische Überzeugungskraft im Grunde nicht möglich gewesen wäre, ja noch nicht einmal hätte in Angriff genommen werden können. Die gleiche Überzeugungskraft wird die Nation voll hinter Cory Aquino stehen lassen, wie ich meine, falls sich der Waffenstillstand schließlich doch als Fehlschlag erweisen sollte und die Feindseligkeiten zwischen Regierung und Kommunisten wieder aufbrechen sollten. Pragmatische Realisten werden behaupten, in der harten Welt der Politik brauche es

politischen Scharfsinn und nicht moralische Rechtschaffenheit. Im Zusammenhang mit der Macht des Volkes, wie sie sich gegenwärtig in den Philippinen zu entwickeln scheint, haben die politischen Konsequenzen rein moralischer Grundsätze im öffentlichen Amt jedoch ein Gewicht, das sich nicht so herablassend zur Seite schieben läßt. Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Macht des Volkes der gewöhnlichen Bürger und der moralischen Integrität der Amtsinhaber in der Regierung. So schwach diese Verbindung im Augenblick auch sein mag, sie ist im Wachsen begriffen und vielversprechend für die Zukunft der philippinischen Politik.

An diesem Punkt kommt die Kirche als eine machtvolle Kraft im Leben der Nation ins Spiel.

Die Rolle der Kirche

Wegen ihrer einflußreichen Rolle bei den Ereignissen im Februar wird die Kirche oft als eine der wichtigsten sozialen Institutionen dargestellt, welche die wankende Regierung von Cory Aquino stützen. Diese Unterstützung ist eine Tatsache – ebenso jedoch ihre allzu politische Interpretation. In dieser Sichtweise wird die Macht der Kirche ausschließlich und verkürzt politisch betrachtet. Dabei wird vergessen und nicht berücksichtigt, daß die Kirche (zumindest ihre Leitung) sich sehr wohl bewußt ist, daß ihre Kompetenz im moralisch-spirituellen Bereich liegt und daß sie selbst dann, wenn sie sich in politische Fragen einmischt – wie sie es im Februar tat und auch heute in der nachrevolutionären Phase noch tut –, dies zuerst und vor allem unter moralischer und nur sekundär und untergeordnet unter politischer Rücksicht zu tun hat.

Die oben beschriebene moralische Überzeugungskraft als ein zunehmend wichtiger Faktor in der nationalen Politik ist darum ein Thema, vor dem die Kirche nicht zurückschrecken darf, nur weil es politische Auswirkungen hat. Zum einen handelt es sich um eine Entwicklung, welche die politische Rolle der Kirche nicht nur nicht verwischt, sondern tatsächlich sogar zu klären geholfen hat, und zwar in einer Weise, welche durch reine Lehraussagen nicht möglich gewesen wäre. Zum anderen ist das Thema der Moral im öffentlichen Amt zum Teil gerade deswegen zu einem Thema geworden, weil die Kirche in der Vergangenheit beharrlich auf ihm bestanden hat. „Kritische Zusammenarbeit“ war das anerkannte Prinzip, das in den Jahren unter Marcos den Einsatz der Kirche für soziale Gerechtigkeit und ihr gemeinsames Handeln mit politischen Gruppen, die erklärtermaßen für Gerechtigkeit eintraten, bestimmte. Das gleiche Prinzip hat auch heute noch Gültigkeit.

Die Unterstützung, welche die Kirche der gegenwärtigen Regierung offensichtlich gibt, bewegt sich daher noch innerhalb der Grenzen dieses Handlungsprinzips. In dem Maß, in dem die heutige Regierung weiterhin für die wirklichen

Interessen der Bevölkerung arbeitet, wird die Kirche ihr Unterstützung gewähren, großzügig, aber nichtsdestoweniger kritisch.

Welcher Art diese Unterstützung und die damit verbundenen Prinzipien sind, veranschaulicht am besten die Haltung der Kirche zur Ratifizierung der neuen Verfassung. In einer im November zur Diskussion des Verfassungsentwurfs einberufenen Sondersitzung beschloß die Bischofskonferenz, sich öffentlich für die Annahme der Verfassung auszusprechen. Dabei war sie sich voll bewußt, daß die bloße Ratifizierung zu einer Streitfrage geworden war – zumindest für jene politischen Gruppen, die den Volksentscheid vom 2. Februar in Zweifel zogen, weil eine Zustimmung zugleich auch eine Bestätigung der Präsidentschaft von Cory Aquino bedeuten würde. Die Bischöfe trafen diese Wahl, nicht weil sie den politischen Charakter dieser Frage nicht zur Kenntnis nahmen, sondern weil sie sie in den Zusammenhang des größeren Wohls stellten: eine Jastimme zur Verfassung würde ein Grundgesetz bestätigen, das nach ihrem Urteil alles in allem – und sogar bemerkenswert gut – den Grundprinzipien der kirchlichen Soziallehre entsprechen würde; sie würde außerdem einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der nationalen Lage, einem Problem von nicht geringem Gewicht, und zur Wiederherstellung versagter demokratischer Prozesse leisten. Noch einmal, man kann, wie schon bei ihrer historischen Haltung im Februar, von einem politischen Handeln der Bischöfe sprechen. Gleichwohl haben sie nicht als Politiker gehandelt, sondern als Hirten und damit im Rahmen ihrer Kompetenz als Verteidiger moralischer Grundsätze.

Zukunftsperspektiven

Den Blick auf die wenigen einmaligen Merkmale der Februarrevolution – einem vergangenen Ereignis – zu richten, anstatt sich den vielen harten Fakten der Gegenwart zuzuwenden, welche die Erfolge der Revolution zunichte zu machen drohen, scheint nicht gerade eine intelligente Weise zu sein, die konkrete Wirklichkeit zu bewältigen und den Erfolg der Revolution zu sichern. Vergeuden wir unsere Zeit, während Rom schon in Flammen steht? Geben wir uns Spekulationen im elfenbeinernen Turm hin, während entschlossenes Handeln das Gebot der Stunde wäre? Wohl kaum. Wirksames Handeln in einer so brüchigen Situation, wie sie momentan vorherrscht, verlangt, daß man die dafür verantwortlichen Tatsachen voll berücksichtigt und das Handeln selbst genau aus jener Dynamik entspringt, welche die Revolution überhaupt erst gelingen ließ. Und in der Tat, wenn wir über die trübe Gegenwart hinausschauen und nach einer Grundlage künftiger Hoffnung suchen, sehen wir die einzige sichtbare Hoffnung darin, die eben beschriebenen einmaligen Faktoren der Revolution zu ihrem logischen Ende zu bringen.

Gerade jetzt ist die Nation noch immer bemüht, sich selbst aus jenem Sumpf von Problemen zu befreien, die zum größten Teil ein Erbe aus der Zeit von Marcos sind, von denen einige aber auch durch die Revolution selbst geschaffen wurden. Die zerrüttete Wirtschaft wieder auf ein solides Fundament zu stellen, während eine enorme externe Verschuldung auf ihr lastet, stellt für die Regierung ein Problem dar, für das es keine einfache Lösung gibt. Noch schwieriger, wenn nicht völlig unmöglich wird eine Lösung durch jene Kräfte gemacht, die man als soziale und politische Kräfte der Destabilisierung bezeichnen kann: die verschiedenen aufständischen Bewegungen, von denen jede ihren eigenen Zeitplan für die Machtübernahme hat; das Militär, dessen Unterordnung unter die zivile Macht immer noch nicht ganz sicher und vollständig ist; die alte Garde von Politikern, deren Festhalten an der alten Ordnung – und ihren in Mißkredit geratenen Praktiken – ein nicht geringes Hindernis für Reformansätze darstellt; die Medien, die durch ihre Disziplinlosigkeit viel zu der unruhigen Stimmung, die heute in der Nation vorherrscht, beitragen – und sie sogar selbst erzeugen; die Regierung, die allen Versuchen zum Trotz unfähig zu sein scheint, sich erfolgreicher als bisher für wirkliche Reformen zu organisieren.

Diese und andere Faktoren sind die Probleme, die gegenwärtig Sorgen bereiten. Zählt man sie im einzelnen auf – und macht man die jeweils spezifische Schwierigkeit genau fest –, dann ergibt sich in der Tat ein sehr düsteres Bild. Dennoch sind bei allen diesen Problemen kleine Fortschritte in Richtung einer Lösung ihrer besonderen Schwierigkeiten erzielt worden, Fortschritte, die zusammengekommen einen großen Schritt nach vorn darstellen. Andernfalls hätte sich die Regierung nicht so lange halten können und wären keine Grundlagen für ihre – und der Nation – weitere Stabilisierung gelegt worden. Wenn sich überhaupt etwas positiv verändert hat, so ist der Grund, wie ich meine, darin zu suchen, daß die oben untersuchten „außergewöhnlichen Merkmale“ der Revolution unauffällig in die Gegenwart hinein gewirkt haben.

Augenblicklich wird mit dem Volksentscheid über die Annahme der neuen Verfassung ein weiterer wichtiger Schritt getan. Wenn dieses Grundgesetz des Landes, von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung in freien Wahlen bestätigt, einmal in Kraft ist, gilt es den nächsten Meilenstein zu erreichen, nämlich die Wiederherstellung des Parlaments und der lokalen Regierung in für den Mai dieses Jahres angesetzten Wahlen. All dies verstärkt die kleinen Hoffnungsschimmer, welche das Dunkel durchbrechen. Wir warten auf die Stunde, da sie ins volle Tageslicht hervorbrechen. Dies wird aber, wie wir im Februar wohl erkannt haben, nicht geschehen, wenn wir nicht lernen, unsere Probleme gemeinsam zu lösen. Damals waren es die Probleme der Unfreiheit. Heute sind es die Probleme der Freiheit. Die Wurzeln für ihre Lösung sind jedoch die gleichen.

Fragen

Dies sind die Umstände, unter denen die Kirche als eine beteiligte Kraft ihre Unterscheidung vornehmen und über ihr Handeln entscheiden muß. Die wesentlichen Maßstäbe dafür haben sich aus ihrem Ringen mit den sozialen Fragen der jüngsten Vergangenheit ergeben, und es besteht kein Grund zur Annahme, daß diese Grundsätze in der nahen Zukunft drastisch verändert werden (zum Schlechteren hin). Nachdem sie sich damit für eine klare Richtung entschieden hat, wird sie sich bewußter und systematischer mit den vier Bereichen unserer Diskussion hier auseinandersetzen müssen, von denen ein jeder, wie ich meine, weitere Fragen für eine vertiefte und reichere theologische Reflexion aufwirft. Ich möchte abschließend kurz auf ihre besondere Bedeutung für diese Reflexion eingehen.

Gewaltlosigkeit. Wenn der Einsatz für Gerechtigkeit als ein konstitutives Element der kirchlichen Sendung der Evangelisierung voll anerkannt wird und wenn dieser Einsatz auf das umfassendere Ziel des Schalom des Reiches Gottes ausgerichtet ist, dann sollten alle eingesetzten Mittel selbst gerecht sein; aus dem gleichen Grund sollten sie auch friedlich sein. Dies ist eine höchst einfache Schlußfolgerung. Ein weiteres Nachdenken darüber würde jedoch im Zusammenhang mit den Philippinen bedeuten, Möglichkeiten der Vergebung und Versöhnung in unseren sozialen Mustern zu prüfen, um größere Gerechtigkeit als Grundlage des Friedens zu schaffen.

Um es praktischer auszudrücken, es geht um eine angemessene Antwort auf das Dilemma der Regierung Aquino im Hinblick auf das Militär und die Aufständischen: Wie kann sie im Namen der Gerechtigkeit die von beiden bewaffneten Gruppen unter dem Regime von Marcos verübten Verbrechen wirksam verfolgen, gleichzeitig jedoch den Anschein des Rachenehmens vermeiden und die instabile Lage des Landes nicht durch eine Verschärfung der Konflikte unter den Bürgern noch verworrener machen? Und wie soll jemals wirklicher Frieden geschaffen werden, wenn nicht auf der festen Grundlage von Gerechtigkeit? Verlangt dies aber nicht, wie es scheint, eine Wiedergutmachung der Verbrechen? Ich befürchte, wir haben in unserem sozialen Apostolat nicht genug über den Stellenwert von Vergebung und Versöhnung nachgedacht: Ist Versöhnung ohne Vergebung möglich? Und bedeutet Vergebung, daß man die Rückzahlung der Schuld bis auf den letzten Pfennig zur Bedingung macht?

Die Antwort mag durchaus in der Ethik der Gewaltfreiheit liegen. Dieser Ansatz ist durch tatkräftiges und unnachgiebiges Streben nach Gerechtigkeit gekennzeichnet, jedoch immer innerhalb der engen Maßstäbe von Frieden und Versöhnung. Es handelt sich um einen Ansatz, den wir als Kirche nicht wirklich untersucht haben, wie wir auch seine Möglichkeiten nicht genügend geprüft haben. Kann die Ethik der Gewaltfreiheit zum politischen Maßstab des Regierens gemacht werden? Dies mag angesichts harter politischer Fakten eine Unmöglichkeit sein. Es war aber ein

trotz aller ungünstigen Umstände erfolgreicher Ansatz in der ungewöhnlichen Februarrevolution. Kann er sich vielleicht noch einmal unter den gewöhnlicheren, aber keineswegs weniger anspruchsvollen Umständen der Tagespolitik als gangbar erweisen?

Macht des Volkes. Es gibt in der Kirche eine ausgeprägte Bereitschaft, ordnungsgemäß eingesetzte Autorität anzuerkennen, zu respektieren und ihr zu gehorchen; dasselbe gilt folgerichtig im Hinblick auf Gesetze und Rechtsstaatlichkeit, Ordnung und Frieden, die von Autorität getragen sind. Ich bin mir nicht sicher, ob man dies auch im Hinblick auf die Kehrseite eben dieser Gegebenheiten sagen kann, selbst wenn man die neuerdings verkündete „vorrangige Option für die Armen“ berücksichtigt: die Notwendigkeit, die Würde der Geringsten derer, die regiert werden, jederzeit zu achten und ihre Rechte zu schützen, wenn diese mit den Ansprüchen von Autorität, Recht und Ordnung in Konflikt geraten.

Die „Macht des Volkes“ ist also eine verdächtige Vorstellung, um es sehr vorsichtig zu sagen, mit der man Herrschaft des Pöbels, Anarchie sowie demagogische, rücksichtslose, gedankenlose und oft gewalttätige soziale Ausbrüche der Masse gegen die wenigen verbindet. Dieses Vorurteil ist wahrscheinlich etwas überspitzt formuliert, aber es gibt es. Und was auch immer die Gründe beziehungsweise Scheingründe für sein Bestehen sind, die gegenwärtige Betonung von Menschenrechten, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wie auch von größerer Partizipation der traditionell in der Gesellschaft Entrechteten, all dies führt logisch zur Entstehung einer sozialen Kraft wie der Macht des Volkes. Dies ist eine Entwicklung, der sich die Kirche offen zuwenden muß, nicht nur aus Furcht vor ihren Gefahren und negativen Eigenschaften, sondern viel positiver wegen der ungeheuren Möglichkeiten, die sie für das Allgemeinwohl und die Verwirklichung dessen bietet, was die Kirche in letzter Zeit zur ganzheitlichen menschlichen Entwicklung, zur Würde des Menschen, zur integralen Befreiung und ähnlichem mehr verkündet hat.

Was im Zusammenhang mit der Macht des Volkes bei der Februarrevolution in den Philippinen besonders positiv auffällt, ist der offensichtliche Anteil, den der religiöse Glaube hatte, die damaligen Ereignisse, die in eine Willkürherrschaft des Pöbels entarten hätten können, innerhalb der engezogenen Grenzen eines christlichen Einsatzes für Frieden zu halten. Diese Tatsache zwingt uns zur Frage: Ist die Macht des Volkes eine Macht des *Glaubens*, die nur dann ihre Echtheit bewahrt und Ängste im Zusammenhang mit all den oben genannten negativen Aspekten verhindert, wenn das Glaubenselement stark und alles durchdringend ist? Und wenn die Antwort ja lautet, führt uns dies zu einer weiteren Frage: Sollte das pastorale Wirken der Kirche dann nicht darauf ausgerichtet sein, den Glauben des Volkes zu stärken, so daß es mit mehr Klugheit, mehr Engagement und mehr Bereitschaft in den umfassenderen Bereich des sozialen Lebens hineinwirken kann?

Im Rückblick fällt die Entwicklung der Macht des Volkes zusammen mit der

Entwicklung einer Kirche nach dem Muster christlicher Basisgemeinden, in der die volle Partizipation auch des geringsten Mitglieds der Glaubensgemeinschaft wesentlich ist. Eine solche Partizipation bedeutet nämlich praktisch eine wirkliche Anerkennung der Würde jedes Mitglieds. Und eben diese Würde ist, wenn sie bewußt verteidigt wird, die Grundlage und Stärke der Macht des Volkes.

Moral im öffentlichen Amt. Unsere anfängliche Diskussion stellte Cory Aquino in den Mittelpunkt, allerdings aus dem Grund, weil sie, zumindest in der philippinischen Politik und bisher, eine neue moralische Haltung in führender Position beispielhaft verkörpert. Unser Interesse gilt hier freilich nicht ihr, sondern der Moral im öffentlichen Amt und der rechten Ausübung von Macht durch jene, die Positionen von Autorität innehaben. Der Mißbrauch von Macht ist nur allzuoft eine der Hauptursachen des Elends des Volkes in den ärmeren Nationen, in denen sich demokratische Institutionen noch nicht voll durchgesetzt haben. Es handelt sich daher um ein Problem von besonderem Gewicht für eine Kirche, die sich ernsthaft um eine Umwandlung sozialer Institutionen und Strukturen bemüht.

Dieses Problem ist besonders drängend, wenn die Organisation und Förderung der Macht des Volkes alltäglicher Bestandteil der kirchlichen Arbeit mit den Armen ist. Im Umfeld des Mißbrauchs von Macht wird die Macht des Volkes leicht in eine konfliktreiche und feindliche Rolle gegenüber der Regierung gedrängt. Dies ist verständlicherweise selbst dann der Fall, wenn das organisierte Handeln des Volkes zum Mindestziel hat, besonders ungerechten Maßnahmen von Amtsinhabern ein Ende zu bereiten, nicht sie aus ihren Machtpositionen zu vertreiben.

Wie hält sich die Kirche unter diesen Umständen aus der Politik – im parteilichen Sinn – heraus? Kann sie weiterhin darauf beharren, ihre Rolle erstreckte sich allein auf den spirituell-moralischen Bereich? Kann sie sich damit zufriedengeben, Erklärungen zu moralischen Grundsätzen im öffentlichen Leben abzugeben, während sie voll Argwohn eine aktive Unterstützung für jene Männer und Frauen vermeidet, die darum bemüht sind, ihre öffentlichen Ämter unbestechlich auszuüben, wie auch für solche Bewegungen echter Macht des Volkes, die auf das öffentliche Wohl ausgerichtet sind und unvermeidlich mit einer korrupten Bürokratie im Streit liegen? Wir berühren hier das uralte Problem von Kirche und Politik. Es handelt sich immer um ein umstrittenes Thema, das gleichwohl von jeder lokalen Kirche angegangen und gelöst werden muß.

Kirche und Politik. Berge von gelehrten Abhandlungen sind in den letzten Jahren zu dieser Thematik geschrieben worden, und ich habe hier nicht die Absicht, diese Flut noch zu vermehren. Aber diese eine Feststellung sollte wenigstens gemacht werden: Die Hauptschwierigkeit bei jeder wirklichkeitsnahen Diskussion zu diesem Thema scheint auf die Frage hinauszulaufen, wie zunächst Kirche definiert wird und ob Politik immer im „parteilichen“ Sinn zu verstehen ist oder nicht. Dies ist jedenfalls meine Erfahrung. Es kommt nämlich sehr darauf an, ob man die Kirche – und die daraus abgeleiteten Prioritäten des Apostolats – von einem vor-

oder nachkonziliaren Kirchenverständnis her betrachtet und ob man unter „Politik“ den allgemeinen Bereich der gesellschaftlichen Anwendung von Macht oder in einem engeren Sinn *Parteipolitik* versteht.

Ich möchte einige Erkenntnisse aus der Februarrevolution kurz skizzieren, um dann zu schauen, ob sie neues Licht in diese Frage bringen können. Es muß nicht eigens erwähnt werden, daß diese gleichen Erkenntnisse in den sich ständig verändernden aktuellen Umständen zu Streitfragen werden.

Nur zwei solche Erkenntnisse sind im Augenblick von Interesse. Zum einen hat sich gezeigt, daß dort, wo sich die (offizielle) Kirche voll mit den berechtigten Erwartungen des Volkes identifiziert hat, die Frage der unterschiedlichen Rollen von Klerus und Laien in der eigentlichen Politik von untergeordneter Bedeutung wird. Worauf es vor allem ankommt, ist die Überwindung von Ungerechtigkeit und der Einsatz für das Gemeinwohl – gegebenenfalls sogar durch politische Aktionen im engeren Sinn. Diese Aufgabe hat die ganze Glaubensgemeinschaft (als solche) zu übernehmen, wobei sich alle beteiligen und zusammenarbeiten müssen. Zum anderen hat sich gezeigt, daß vor und während einer solchen Aktion ein Prozeß fortwährender gemeinsamer Unterscheidung stattfinden muß, bei dem Hierarchie und Klerus einerseits und die Laien andererseits als volle Glieder der einen Gemeinschaft, welche die Kirche ist, mitwirken. Dieser Prozeß ist von dem alles überwiegenden Interesse bestimmt, daß Denken und Handeln aus einer tiefen Glaubensperspektive entspringen, rein politische und ideologische Überlegungen und Unterschiede zurückstellen und immer um die Lösung des jeweiligen Problems aus dem Glauben bemüht sind.

Grund zur Hoffnung

Wenn es, wie anfangs gesagt, ein höchst gewagtes Unterfangen ist, die nachrevolutionäre Lage auf den Philippinen zu analysieren, so gilt dies um ein Vielfaches mehr für eine Voraussage über ihr Ergebnis. Wenn man sich auf die als einmalig betrachteten Eigenschaften der Revolution konzentriert und zu verfolgen versucht, wie sie sich durch die anschließenden Ereignisse hindurchgezogen haben, gewissermaßen wie die fortlaufenden Fäden eines noch nicht fertiggewobenen Stück Stoffs des philippinischen Lebens, dann kommt man zu der sicheren Schlußfolgerung, daß es im Augenblick nicht in erster Linie auf eine Voraussage – und Gewißheit – im Hinblick auf das Ergebnis unserer Hoffnungen ankommt, sondern schlicht und einfach darauf, überhaupt *Hoffnung zu haben*. Mit anderen Worten, es geht darum, Hoffnung zu schaffen. Es ist in einem gewissen Sinn also nicht allzu wichtig, ob das, was im Februar (und sogar schon vorher) begonnen wurde, in Erfüllung geht oder nicht. Wirklich entscheidend ist vielmehr, daß das Volk und die Kirche sich weiter für ihre Erlösung und ihr Wohl als eine

Gemeinschaft der Hoffnung einsetzen, angestoßen von dem gleichen Glauben, der sie im Februar zum Handeln bewogen hat.

Das beständige Ringen mit gewaltfreien Mitteln um wirkliche Gerechtigkeit – und den darauf gründenden Frieden – in der Gesellschaft, das berechtigte und dauerhafte Bemühen um eine Regierung und andere soziale Institutionen, die entsprechend den höchsten Maßstäben öffentlicher Moral handeln, die Entwicklung einer wahrhaften Macht des Volkes, um dieses doppelte Bemühen zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, und das Schaffen einer Kirche, die sich immer für das Volk und mit ihm dafür einsetzt, eine Gesellschaft auf christlichen Werten zu errichten, wenn wir uns für all dies selbst in diesen konfliktreichen Zeiten vorbehaltlos einsetzen, dann kann dies nur bedeuten, daß wir auch weiterhin ein Volk von Hoffnung sind, was auch immer das Ergebnis der im Februar begonnenen Revolution sein mag. Um all diese Überlegungen auf einen grundlegenden Nenner zu bringen, die einzige sichere Garantie für eine wahrhaft *soziale* Revolution hier in den Philippinen besteht darin, daß wir die Dynamik der hier reflektierten vier Gesichtspunkte der Februarrevolution entschlossen weiterverfolgen. Aus dieser Sicht würde das einzige tragische Versagen darin bestehen, daß der Sinn und Schwung für diese Aufbrüche verlorengeht.

ANMERKUNG

¹ Zu den Hintergründen der philippinischen Revolution im Februar 1986 und zur Person des Verfassers vgl. F. F. Claver, Kirche und Revolution: Die philippinische Lösung, in dieser Zschr. 204 (1986) 507–521. – Der Beitrag wurde von Johannes Müller SJ aus dem Englischen übersetzt.